

Hartzumfrage Netzwerk Grundeinkommen. Antworten Christoph Schlee, Netzwerkrat Netzwerk Grundeinkommen, Sprecher Kölner Initiative Grundeinkommen

1. Haben sich Ihre Erwartungen an die Hartz-Reformen bestätigt? Welche waren das?

Ich muss zugeben, dass ich den ursprünglichen Reformimpuls der Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe plausibel fand. Ich habe mehr positive Aktivitäten und Anreize zur Integration in das Erwerbsleben erwartet. Allerdings stimmte mich misstrauisch, wie das Gesetz kurz vor den Bundestags-Wahlen hingeschustert wurde, als absehbar war, dass Schröder seine Versprechungen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit nicht einhalten konnte.

2. Welche grundlegenden Mängel sehen Sie bei Hartz IV - oder welche positiven Resultate nehmen Sie wahr?

Die Pauschalierung von Leistungen und die Vereinheitlichung der Institutionen von Sozial- und Arbeitslosenhilfe weist auf dem Papier Akzente auf, die beim Grundeinkommen ja ebenfalls vorkommen. Auch die „Aktivierung“ ist ja nicht durch und durch schlecht. Problematisch ist jedoch der repressive Ansatz: Sanktionen, die selbst das niedrige Niveau noch kürzen, Ansätze von Arbeitszwang, Fixierung auf Erwerbsarbeit, sowie die im Gegensatz zu anderen Ländern nicht erfolgte Individualisierung der Leistungen. Der Einzelne hat einfach noch keinen individuellen Anspruch. Auch die Fixierung auf Einsparpotentiale ist problematisch: das radikale Zusammenstreichen der Förderung oder die groteske Relation von Fallmanagern und „Kunden“ zeigt, dass Geist und Methode privater Unternehmen von öffentlichen Institutionen nicht unkritisch übernommen werden dürfen.

3. Halten Sie die Hartz IV für reformierbar? Welche Veränderungen halten Sie für sinnvoll bzw. machbar?

Man sollte statt „Bestrafung“ auf Anreize setzen: Die Arbeitsaufnahme könnte aus der Erwerbslosigkeit heraus viel stärker gefördert werden (weniger Abzüge). Dies reicht aber nicht aus: zusätzlich ist ein Mindestlohnsektor nötig, der durch die staatliche Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge gefördert werden könnte. Dazu sollte Arbeit jenseits des klassischen Erwerbsarbeitssektors zu prämiert werden: Bürgerarbeit, Erziehungsarbeit, Sozialdienste, Tätigkeiten in Kunst und Kultur, auch ohne Berufsausbildung. Also ein langfristig angelegter, sinnvoll strukturierter Sektor öffentlicher Arbeit für einfache Tätigkeiten, die z. B. in Höhe eines Mindestlohnes honoriert werden. Die Kosten wären ähnlich hoch wie die Finanzierung der Arbeitslosigkeit inklusive Bürokratie. Für die wenigen verbliebenen Erwerbslosen kann eine sanktionsfreie Grundsicherung unbürokratisch ausgezahlt werden, die rund 100 Euro über dem gegenwärtigen Satz liegt. Die Agenturen selbst könnten sich dann vorwiegend auf die individuelle Förderung auf freiwilliger Basis konzentrieren.

4. Wie bewerten Sie die aktuelle verfassungsrechtliche Prüfung der Regelleistungen? Was könnten die Konsequenzen sein?

Wir benötigen ein Verfahren, das gesellschaftlich anerkannt ist und vom Dunkel ans Licht geholt wird. Je transparenter, desto besser diskutierbar. Insofern erwarte ich eine Menge Diskussionen über die Höhe von Transferleistungen, die an sich gut ist. Was sind tatsächliche, menschenwürdige Grundbedarfe? Wie lassen sie sich fair ermitteln? Wer entscheidet das? Wir werden uns da entsprechend beteiligen.

5. Wagen Sie einen Ausblick: Was folgt auf Hartz IV - Bürgerarbeit als „Workfare-Modell“? FDP-Bürgergeld? Oder bleibt alles in den nächsten Jahren "beim alten"?

Es wäre schon paradox, wenn ausgerechnet CDU und FDP das von Rotgrün in die Wege geleitete Gesetz verbessern. Am meisten Chancen sehe ich bei den Zuverdienstmöglichkeiten. Eine wirkliche Reform wird jedoch nicht kommen, weil beide Parteien am Dogma des ersten Arbeitsmarktes nicht rütteln wollen, und die tatsächliche Tragweite des Problems, vor allem die unwürdige Behandlung von Menschen, einfach aus ihrer ideologischen Realitätsferne heraus nicht erkennen. Die gesellschaftliche Verantwortung für Armut und Arbeitslosigkeit möchte man weiterhin dem Einzelnen und der Familie zuschanzen, auch wenn das einer unterlassenen Hilfeleistung gleichkommt.

Die Grundleistung den Finanzämtern zuzuschreiben, wie die FDP das mit dem Bürgergeld vorschlägt, ist vollkommen realitätsfern – eine so komplexe soziale Leistung kann nicht allein rationalistisch-finanstechnisch geregelt werden. Wer wirklich vereinfachen und entbürokratisieren will, muss sich von der vermeintlich gerechten Bedarfsprüfung ein für alle Mal verabschieden. Für viele Erwerbslose ist eine Einzelfallhilfe nötig, die kann man nicht einfach irgendwo hin stecken oder auf dem Finanzamt auflaufen lassen. Eine derartige Megabehörde würde das Chaos von Hartz IV in den Schatten stellen. Diese „Lösung“ wird jedoch nicht kommen. - Mit Bürgerarbeit könnte man sinnvolle öffentliche Tätigkeiten schaffen und anbieten – mit finanziellen Anreizen. Ob solche konstruktiven Lösungen ausgeweitet werden, die ja einige Gemeinden schon praktizieren, bleibt abzuwarten.

6. Sehen Sie mögliche Übergangspfade von Hartz IV zum bedingungslosen Grundeinkommen - wenn ja, welche?

Derzeit nicht. Die Sanktionsfreiheit wäre ein solcher Schritt, aber sie wird erst mal nicht kommen. Auch die Individualisierung von Ansprüchen. Denkbar wäre es, statt der Zwangsmaßnahmen und Pseudo-Jobs zu wirklich sinnvollen Arbeiten und Förderungen auf freiwilliger Grundlage zu kommen, mit entsprechenden Anreizen. Aber dazu wäre eine wirklich realistische Bestandsaufnahme seitens der Politik nötig. Bisher betet man selbst geschönte Statistiken an und steckt den Kopf in den Sand.

7. Oder sehen Sie andere Übergangsschritte zum bedingungslosen Grundeinkommen? Zum Beispiel? (Bitte mit kurzer Begründung)

Es wäre am einfachsten, bestehende soziale Leistungen in Richtung des Grundeinkommens weiter zu entwickeln (z. B. BAföG für alle Studenten und Azubis, Kindergeld bis 19). Das Grundeinkommen ließe sich als konstruktives Prinzip etablieren, das helfen würde, Lücken zu schließen und den Sozialstaat wieder auszubauen. Eine garantierte Leistung könnte so peu à peu für bestimmte Gruppen zur Regel werden. Dies wäre vor allem für die Gruppen jenseits des Erwerbslebens denkbar, ohne die gesamten Systeme umstrukturieren zu müssen. Im Erwerbsbereich ginge es zunächst um einen neuen Arbeitssektor, der von der Marktlogik partiell zu entkoppeln wäre. Hier sind dann auch entsprechende Lohnzahlungen möglich.